

### TOP 3.7.3 Bericht „International conference ten years after the 2004 EU Enlargement: Achievements and next steps“

Veranstalter: BMEIA, IV, IWM, wiiw, OeNB

Ort: OeNB

Ziel: Jubiläumsfeier und Reflexion von 10 Jahren Osterweiterung

Ablauf: 5 Sessions plus politisches Abendpanel. **Publikum wurde nur zum Teil eingebunden.**

**Ewald Nowotny** eröffnet. Merkt an, dass die EU-Erweiterung 2004 im Großen und Ganzen ein Erfolg gewesen ist, auch wenn krisenbedingt viele der neuen Mitgliedstaaten beim ökonomischen Output immer noch unter dem Vorkrisenwert liegen. 2014 werden jedoch wieder höhere Wachstumsraten erwartet. Polen habe es bisher am besten geschafft. Trotz Krise sei der Aufholprozess seit 2004 substantiell, wobei dieser Prozess jedoch nicht irreversibel sei (siehe Slowenien). Auch der Lebensstandard befinde sich seit 2004 im Aufwärtstrend (Ausnahmen: Slowenien, Kroatien, Zypern). Sehr positiv sei die Entwicklung in Österreich verlaufen, was z.T. mit der starken Vernetzung mit Osteuropa zusammenhängt.

Nowotny stellte allerdings auch klar, dass höhere Wachstumsraten notwendig seien, um auf den Arbeitsmärkten der Beitrittsländer einen nachhaltigen Kehrtwende herbeizuführen. Dies sei die größte Herausforderung. Für Österreich seien die 12 neuen Mitgliedstaaten (NMS) von großer Bedeutung, 18 % der österreichischen Exporte und 10 der österreichischen Auslandsinvestitionen gehen in die NMS.

Insgesamt erscheint Nowotny Einschätzung wie jene des Gros der TeilnehmerInnen etwas zu rosig gefärbt. Siehe Standard, 26.4.2014, Westeuropas Wohlstand ein unerfüllter Traum: „Nach den Prognosen der meisten Ökonomen dürfte der Aufholprozess zum Stillstand gekommen sein. Nach der Rezession Anfang der 90er-Jahre als Folge der kapitalistischen Transformation holten die Länder der Region zwischen 1995 und 2009 in puncto Wohlstand deutlich auf. Doch mit der Krise endete die Entwicklung. Laut Einschätzung der Osteuropabank EBRD dürfte keines der Erweiterungsländer in den kommenden 20 Jahren das Niveau im Westen erreichen, nicht einmal die Slowakei, deren Wirtschaft stark wächst“.

#### **Session 1: Overcoming New Chasms in the EU's Neighbourhood**

**Gerald Knaus**, founding Chairman of the European Stability Initiative (ESI)

**Lilia Shevtsova**, Senior Associate of Carnegie Endowment for International Peace (Washington) and Moscow Carnegie Center.

**Olga Bielkova**, Member of the Ukrainian Parliament since November 2012

**Ivan Krastev**, Chairman of the Centre for Liberal Strategies in Sofia

**Herbert Stepic**, served as Chairman of Managing Board at Raiffeisen Bank International AG

Moderator **Knaus** würdigte einleitend angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine/Russland die Erweiterung als historischen wichtigen Moment. Es sei wichtig und richtig gewesen, dass sich politischen Führungskräfte gegen die Skeptiker einer Erweiterung durchgesetzt hätten.

**Bielkova** bekannte sich klar zur europäischen Zukunft der Ukraine („we will be a part of Europe“). Sie verwies auf die Herausforderungen der Ukraine seit 1991 (1991 Unabhängigkeit, 2004 Orangene Re-

volution, 2013 Maidan, 2014 Survival as Sovereign Country) und zeigte auf verschiedenen Grafiken interessante Umfrageergebnisse, deren Seriosität hier nicht beurteilt werden kann:

- 87,7 % sagen „I am Ukraine“
- 56,5% sind für eine einzige Staatssprache (Ukrainisch)
- 37,6% sind für zwei Staatssprachen (russisch, ukrainisch)
- 84,8% wollen nicht der Russischen Föderation beitreten
- 48% sagen, dass Russland ein guter Nachbar ist
- 77% sind gegen Putin`s Politik gegenüber der Ukraine
- 11,7% befürworten eine Abspaltung mit Waffengewalt
- 54% unterstützen die EU
- 24% sind für die Zollunion mit Russland
- 48% plädieren für ein Assoziationsabkommen mit der EU, wobei die damit verbundenen positiven Erwartungen regional sehr unterschiedlich ausfallen: in der Westukraine 80%, in der Süd- und Ostukraine: 25%, auf der Krim nur 10%

**Shetsova** meint, dass Russland derzeit eine „Putin-Strategie“ teste. Kern dieser Strategie sei eine „We are different“-Haltung. Sie urgierte eine gemeinsame Außenpolitik des Westens, der der Ukraine Garantien geben müssen (territory, sovereignty).

**Stepic** hat sich sehr pointiert in die Debatte eingebracht. Für Stepic ist es undenkbar, dass die Ukraine in absehbarer Zeit ein Mitglied der EU werden könnte. Ohne Russland nicht die Gewissheit zu geben, dass die Ukraine kein Mitglied der EU/Nato werde, könne es auch keine Lösung der derzeitigen Krise geben. Bielkova reagierte in einer späteren Wortmeldung auf Stepic mit den poetischen Worten „My duty is to fulfil the hopes of my people“.

Auch **Krastev** fragt sich, zu welchem Ausmaß die Erweiterung der EU für die jetzige Situation verantwortlich sei. Der kritisierte, dass die Erweiterung nur als technischer Prozess, als eine Frage der Institutionen gesehen wurde und man nicht daran interessiert war, was „on the ground“ geschah. In Bezug auf die Krim äußerte er den interessanten Verdacht, dass die Leichtigkeit der Annexion der Krim für Putin selbst völlig überraschend war.

## Session 2: Towards Stability in the Western Balkans

**Vesna Pesic**, Party founder and Leader of the Civic Alliance of Serbia, Member of the Serbian Parliament

**Zarko Puhovski**, Professor for Political Philosophy and former president of the Croatian Helsinki Committee

**Susan L. Woodward**, Professor for Political Science, City University New York

**Vladimir Gligorov**, Professor and Senior Researcher, The Vienna Institute for International Economic Studies

**Pecis** erinnerte an den EU-Gipfel von Thessaloniki, auf dem der Europäische Rat dem Westbalkan eine Beitrittsperspektive anbot. Das führte dazu, dass es erstmals im Westbalkan eine gemeinsame Vision und gemeinsame Ziele gab. Als Ergebnisse dieses Prozesses führte er an: Stabilisierung – Normalisierung – Versöhnung (wenn auch sehr schwach). Allerdings kritisiert er, dass Mazedonien

„vergessen wurde“, während bei Serbien bereits die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfolgte. Bosnien-Herzegowina bezeichnet Pecis bereits als „failed state“, niemand tue etwas dagegen. Es müsse in Bezug auf BiH dringend ein internationaler Dialog organisiert werden. Für Pecis ist die Vision eines EU-Beitritts des gesamten Westbalkans weiterhin gültig – die sei der einzige Weg, um die Region zu befrieden.

**Woodward** stellte die Frage, wer von der Stabilität des Westbalkans primär profitiere. Sie bezeichnete es als Fehler, die Stabilität als oberstes Ziel über die Entwicklung zu setzen, wissend, dass es ohne Entwicklung keine Stabilität geben könne. In Bosnien seien alle Voraussetzungen für Stabilität nicht gegeben (große Mittelschicht, ein BIP/Kopf von mindestens 6.000 \$, Institutionen und politische Legitimität). Pointiert meinte sie: Entweder wir exportieren Stabilität und Entwicklung in die Region oder wir importieren Instabilität.

Für **Gligorov** ist die EU bei der Stabilisierung des Westbalkans vorerst gescheitert. Bis auf Slowenien und Montenegro stünden die Länder beim BIP/Kopf heute nicht besser da als in den 70er Jahren. Auf die Frage, was die EU tun könne, listete er folgende Punkte auf:

- Politische Stabilität: Die EU zielt darauf ab, die Demokratie zu stabilisieren, ist aber selbst weniger als eine „force for democratisation“
- Ökonomische Stabilität: Die EU könnte ein Instrument für Entwicklung sein, dies würde aber mit der EU-Wirtschaftspolitik in Widerspruch geraten.
- Soziale Stabilität: Die EU sei nicht die beste Maschine für die Schaffung von Jobs

Gligorov's Fazit: Die EU stabilisiert, aber ein Motor der Veränderung ist sie erst, wenn alle anderen Alternativen ausgeschöpft wurden.

### Session 3: The Economic Crisis and How To Resuscitate Convergence in Europe

**Chair: Michael Landesmann**, Director of Research, The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw)

**Danuta Huebner**, Chair of the Committee on Regional Development, European Parliament **Jan Svejnar**, Director of the Center for Global Economic Governance, Columbia University **Loukas Tsoukalis**, President of the Hellenic Foundation for European & Foreign Policy **Péter Balázs**, Director of the Center for EU Enlargement Studies at CEU, former EU Commissioner and former Minister of Foreign Affairs, Hungary

**Huebner** ortet Probleme in der Konvergenz-Maschinerie der EU: in politischer Hinsicht sehe sie einen Mangel an Rechtsgrundlagen und das „britische Problem“, weitere Integrationsschritte zu vereiteln; in sozio-ökonomischer Hinsicht würde die Konvergenz-Maschine auch zunehmend stottern. Im Ergebnis sollte weniger der Mangel an Konvergenz problematisiert werden, sondern der unzureichende Umgang mit Heterogenität. One size fits all passt nicht zu einer WWU, die Euro-Staaten sollten sich von den Nicht-Euro-Staaten abheben können.

**Svejnar** lieferte einen interessanten Vortrag. Zwar wuchsen die MOEL phasenweise sehr rasch, damit aber zB CZ auf das Niveau von Österreich käme, würde es bei derzeitigem Verlauf noch 428 Jahre dauern. Selbst bei anhaltender Tendenz der schnell wachsenden Jahre 2002-2007 hätte der Aufholprozess ca. 30 Jahre in Anspruch genommen.

**Tsoukalis** streicht hervor, dass seit 2007 die Konvergenz-Maschine rückwärts laufe. Die systemische Krise hätte zu Divergenz geführt, diese ihrerseits zu einer Aufteilung zwischen Ländern, aber auch innerhalb der Länder (Ungleichheiten): Banken wurden gerettet, wofür die Schuldner-Länder große Lasten tragen würden, und die Gläubiger dafür hohe Risiken. Bei einer weniger optimistischen Sicht drohen nun Deflation, anhaltende Arbeitslosigkeit und weiterhin unterkapitalisierte Banken. Spricht sich für einen Game Changer in Gestalt eines neuen EU-Vertrags aus. Darin müssten Veto-Rechte abgeschafft werden, er müsste allen Mitgliedstaaten offen stehen.

**Balázs** argumentierte etwas neoklassischer und strich die Wettbewerbsfähigkeit als zentrales zu verfolgendes Ziel hervor. Befürwortete ebenso eine stärkere Integration im Sinne der „ever closer union“.

In der anschließenden **Diskussion** verneinte Huebner mit Hinweis auf proklamatorische Floskeln im EU-Vertrag meine These, der EU mangle es an einer entsprechenden Makroperspektive (wie zB in Österreich), wonach Wachstum und Wettbewerbs stets mit sozialem Ausgleich und Verteilungspolitik in Einklang stünden, sodass in der EU nicht zuletzt auch die Bedeutung der Binnennachfrage vernachlässigt würde.

#### **Evening Panel: Returning to Europe: Ten Years of EU Integration in Central Eastern Europe – Achievements, Lessons Learned, Challenges Ahead**

##### **Introductory Remarks:**

**Sebastian Kurz**, Federal Minister for Europe, Integration and Foreign Affairs, Austria

**Georg Kapsch**, President, Federation of Austrian Industries (IV)

**Miroslav Lajčák**, Deputy Prime Minister and Minister of Foreign Affairs, Slovakia

**Enikő Györi**, Minister of State for EU Affairs, Hungary

**Igor Senčar**, State Secretary, Ministry of Foreign Affairs, Slovenia

**Andrej Mertelj**, CEO Datalab AG, Slovenia

**Andreas Treichl**, Chairman and CEO, Erste Group Bank AG, Austria

Moderation: **Christian Ultsch**, Die Presse

Eine wenig ergiebige hochrangige politische Debatte, bei der das Lamento über die mangelnde Anerkennung der Erweiterungserfolge in der Bevölkerung dominiert hat. Auf Kritik im Publikum an der generellen Bankenrettung zulasten der Menschen, antwortete **Treichl** mit Wutanfall, wonach keine einzige Bank in den MOEL-Ländern gerettet worden wäre (aggressiver Beifall im Publikum). Der größte Tiefpunkt war der Auftritt von **Györi**, der das Europa der Vaterländer in ungarisch-nationalistischer Sicht propagierte, wovon sich auch **Kurz** in seinen Eröffnungsworten bereits distanzierte. **Kapschs** Einleitung war weitgehend ident mit dem IV-Vorstoß vom 5.5. zu einer neuen EU-Industriepolitik.

#### **Session 4: Exchange Rate Strategies and Competitiveness**

#### **Session 5: Challenges for Financial Stability**

An den Diskussionen nahmen NotenbankerInnen aus den MOEL-Staaten sowie WirtschaftswissenschaftlerInnen teil. **Gertrude Tumpel-Gugerell** resümierte die beiden Panels mit einem Concluding Statement, worin die EU-Erweiterung in erster Linie als Erfolgsgeschichte dargestellt worden ist.

Die VertreterInnen der Notenbanken haben die große Herausforderung, Wechselkurspolitik in einer kleinen offenen Volkswirtschaft, verschärft durch den Binnenmarkt dargestellt. Die Abhandlungen waren auf hohem Niveau und sehr technisch. Interessanter wurden die Ausführungen bei Darstellung der Instrumente und Politik zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Die Vertreter der Notenbanken bzw. Finanzwissenschaftler von Slowenien, Rumänien, Ungarn und Polen haben einhellig bekräftigt, keine geeigneten Instrumente zur Finanzmarktstabilisierung bis 2007 gehabt zu haben. Die enormen Kapitalimporte haben den nationalen Policy-mix ineffektiv werden lassen. Die Unternehmen und Privaten haben sich im EU-Ausland finanziert. Notenbanken konnten auch dem Immobilienboom nichts entgegensetzen. Wesentliche Ursache ist auch der Umstand, dass die Banken in den meisten neuen Mitgliedsländern in ausländischer Hand sind. Erst mit und nach der Finanzkrise sind die „Währungshüter“ wieder Herr im eigenen Land geworden. Soziale oder auch Arbeitsmarktaspekte wurden in den Sessions nicht aufgegriffen.

**Session 6: European Integration and Nationalism: Two Steps Forward, One Step Back**  
**Session 7: A Century of European Disintegration and Integration: 1914–2014**

Der letzte Veranstaltungsblock wurde vom Institut für die Wissenschaft vom Menschen geleitet und setzte sich mit der politischen Lage in den Neuen Mitgliedstaaten auseinander. Im Zentrum der Diskussion standen die politischen Veränderungen in den neuen Mitgliedsländer und die Entwicklung der nationalistischen Parteien bzw. Staatsmänner. Es handelte sich um hochrangige Debattenbeiträge (ua **Timothy Snyder, Anton Pelinka**).

**Bericht WIWIPOL-Diskussion am 29.4.2014 im Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum**

Vor einer sehr gut besuchten Veranstaltung mit überwiegend älteren Interessierten hat **Eugen Freund** die Erweiterung als Friedensprojekt gewürdigt. Für die Balkanländer gebe es keine andere Perspektive als den EU-Beitritt und sie sollten so rasch wie möglich aufgenommen werden.

**Edith Kitzmantel** hat gemeint, die Erwartungen wären auf beiden Seiten zum Teil zu hoch gesteckt gewesen, daher gewisse Ernüchterung. Das Governance-Problem habe die Europäische Kommission mit der Zeit gut in den Griff bekommen. Die Erweiterung 2004 war wirtschaftlich gesehen ein Erfolgsprojekt, da neue Mitgliedsländer 3-4 mal so rasch gewachsen wären (+ %-BIP) als die alten Mitgliedsländer. Österreichs Wirtschaft hätte am meisten profitiert (WKÖ-Studie +0,5%p.a.; WIFO-Studie +0,4 %p.a.). Balkanländer sollten mit EU-Perspektive stabilisiert werden.

**Franz Nauschnigg** hat über die „Vienna Initiative“ 2008 berichtet, die notwendig geworden ist, um in der Finanzkrise Spekulationen gegen die Währungen der neuen Mitgliedsländer abzuwehren. Die konzertierte Aktion zwischen IWF, EZB und den Mitgliedstaaten hat den neuen Mitgliedsländern geholfen, den Währungsverfall zu stoppen.

**Albert Rohan** hat das Friedensprojekt gewürdigt. Er hat das Recht aller Länder in Europa, der EU beitreten zu können, hervorgestrichen – Die Aufnahme ist kein Gnadentat. Auch sollten die 16 Mio. Bevölkerung der übrigen Balkanländer für eine EU mit einer 500 Mio.-Bevölkerung kein Problem sein.